

# Stromanbietern droht Klageflut zu Preisanstieg

Marktmachtmissbrauch und ein digitales Kartell sind nur zwei Vorwürfe, die der Wiener Anwalt Georg Zanger gegen die E-Wirtschaft erhebt.

MONIKA GRAF

WIEN. Österreichs Stromwirtschaft kommt derzeit nicht zur Ruhe. Nach dem Verein für Konsumenteninformation will nun auch der bekannte Wiener Rechtsanwalt Georg Zanger gegen die teils drastischen Preiserhöhungen vieler großer Versorger vorgehen. Sein Ansatz sind nicht Verletzungen des Konsumentenschutzes, sondern Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung durch die großen Versorger. Marktbeherrschende Unternehmen hätten die Pflicht, sich vertraglich zu verhalten, stattdessen würden alle ihre Preise an einen für die Verbraucher nachteiligen Marktindex knüpfen, sagt Zanger zu den SN.

Seine Kanzlei bereite eine kleine Sammelklage für fünf bis sieben Haushalte vor, die in den nächsten zwei Wochen ans Kartellgericht ge-

hen soll. Derzeit werde der Schaden errechnet, der durch die Verteuerung entstanden sei und zurückgefordert werde. Marktmachtmissbrauch der großen Erzeuger vermutet Zanger auch gegenüber kleinen Händlern, die Strom nur zu viel höheren Preisen bekämen und nicht mehr weiterwüssten. Auch hier bereitet der Anwalt Klagen vor.

Damit nicht genug, will Zanger nächste Woche für Unternehmen Schadenersatzklagen gegen Stromkonzerne einbringen. Er habe bereits den Prozessfinanzierer Padronus dazugewonnen und von einzelnen großen Firmen auch schon die Vollmacht. „Für Spannung ist gesorgt“, sagt der umtriebige Anwalt.

Parallel zu den geplanten Klagen hat Zanger bereits Mitte Dezember 2022 eine Sachverhaltsdarstellung bei der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) eingebracht. Darin er-



BILD: SHUTTERSTOCK/STOCKADORE.COM

suchte er die Kartellwächter festzustellen, wer von den Energieversorgern als marktbeherrschend zu qualifizieren sei, sowie die Preisbildung auf „stillschweigende Übereinkünfte, Marktmanipulation und Marktmachtmissbrauch“ zu überprüfen. Zudem sollte die BWB gemeinsam mit ihren Partnern in an-

deren EU-Ländern die Preisbildung an der Strombörse prüfen und insbesondere die Offenlegung des dahinterliegenden Algorithmus erwirken. Zangers Verdacht: Hier könnte sich eine Art digitales Kartell gebildet haben, das – Stichwort Merit-Order-Prinzip für die tägliche Strompreisfestsetzung – zu höhe-

ren Preisen führt, von denen letztlich die gesamte Branche profitiert. Die Börse selbst könne das nicht überprüfen, denn sie kenne den Code nicht, sagt der Anwalt.

Bei der BWB wird auf die Taskforce verwiesen, die mittlerweile zur Untersuchung der Strommärkte eingerichtet wurde – in Kooperation mit der E-Regulierungsbehörde E-Control. Zanger hat auch dort seine wettbewerbsrechtlichen Bedenken gegen die E-Wirtschaft vorgebracht. Ohne Erfolg, wie er sagt.

Behördenchef Wolfgang Urbantschitsch betont ebenfalls, es sei zu früh für konkrete Aussagen. Laut Plan sollen erste Erkenntnisse im Sommer veröffentlicht werden. Es könne durchaus sein, dass sich wettbewerbsrechtliche Fragen ergäben, gibt sich Urbantschitsch zugeknöpft. Sie würden Thema der Arbeitsgruppe werden.

## Daten & Fakten Ein Algorithmus unter Verdacht

**Grenzüberschreitende Börsengeschäfte** mit Strom werden in der EU auf dem Spotmarkt nach einem Preiskopplungsalgorithmus namens Euphemia abgewickelt. Das Ziel ist, die Preise für Strom zum Bezug am nächsten Tag in der EU zu harmonisieren. Rechtsanwalt Georg Zanger fordert die Offenlegung der Kodierung des Algorithmus. Sein Verdacht: Dieser trage indirekt zu einer Verknappung des Angebots und zur Maximierung der Profite der Stromkonzernen bei. Die

OECD habe schon 2017 vor den wettbewerbs- und kartellrechtlichen Gefahren des Einsatzes von Preisalgorithmen gewarnt.

**Der Börsenhandel** mache nur einen Bruchteil des Stromein- und -verkaufs aus, daher sei nicht nachvollziehbar, warum die Energieversorger gegenüber ihren Abnehmern Börsenpreise veranschlagen, lautet Zangers Vorwurf. Die Mechanismen auf dem Strommarkt seien wettbewerbsfeindlich und erhöh-

ten die Preise von erneuerbarer Energie (Wasserkraft, Windräder, Photovoltaik), die in Österreich etwa 80 Prozent ausmacht.

**Die EU-Kommission** will noch im März neue Regeln für die Preisbildung auf dem europäischen Strommarkt vorlegen. Es geht unter anderem um das sogenannte Merit-Order-Prinzip, das in den vergangenen Monaten wesentlich zur Preisrallye bei den Strompreisen beigetragen hat. **m**